

Zivile

Monitoring-Projekt

Konfliktbearbeitung ·
Gewalt- und Kriegsprävention



Dossier V

Syrien zwischen gewaltfreiem Aufstand und Bürgerkrieg

Vorgelegt von Christine Schweitzer, Clemens Ronnefeldt,
Karl Grobe-Hagel und Andreas Buro

Herausgegeben von der Kooperation für den Frieden

Impressum

Herausgeberin:

Kooperation für den Frieden
Römerstraße 88 · 53111 Bonn
Tel. 02 28 / 69 29 04 · Fax 02 28 / 69 29 06
info@koop-frieden.de
www.koop-frieden.de
in Zusammenarbeit mit
dem Förderverein Frieden e.V.

Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V.

Kto.-Nr. 404 1860 401
GLS Bank, BLZ 430 609 67
Stichwort: Monitoring-Projekt

Monitoring-Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung,

Gewalt- und Kriegsprävention
Dossier V: Syrien zwischen
gewaltfreiem Aufstand und Bürgerkrieg

Gestaltung: www.kipconcept.de

Fotos: Fotografien der verschiedenen
Local Coordination Committees (LCC) aus
Damaskus, Homs und Hama

1. Auflage März 2012, 5.000 Stück
Bestellung und Preise siehe Rückseite

Text und v.i.S.d.P.:

Christine Schweitzer, Clemens Ronnefeldt,
Karl Grobe-Hagel, Andreas Buro⁽¹⁾
c/o Kooperation für den Frieden

Kooperation für den Frieden

(www.koop-frieden.de)

ist ein Zusammenschluss friedenspolitisch
aktiver Organisationen und Initiativen in der
Bundesrepublik Deutschland.

Die Kooperation für den Frieden

- organisiert Diskussions- und Beratungsprozesse innerhalb der Friedensbewegung
- fördert den Austausch von Informationen und Einschätzungen zwischen Organisationen und Gruppen
- unterstützt oder initiiert Veranstaltungen und Kampagnen
- veröffentlicht die aus diesen Prozessen hervorgegangenen Positionen
- verbreitet Aktionsvorschläge für die Friedensarbeit
- ermöglicht persönliche Kontakte zwischen Aktiven, z.B. bei der Mitarbeit im Kooperationsrat oder bei den jährlichen Konferenzen.

Mitwirkende der Kooperation für den Frieden

Aachener Friedensmagazin aixpaix; Aachener Friedenspreis e.V.; Aktionsbündnis Freiheit statt Angst e.V.; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden; Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung (asfrab); Bildungs- und Begegnungstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow; BI OFFENE HEIDE; Bremer Aktion für Kinder (BAKI); Bremer Friedensforum; Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi); Bund für soziale Verteidigung (BSV); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW); Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); EUCOMmunity; Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK); Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland - Friedensausschüsse; Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden; Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) e.V.; Frauen in Schwarz Hamburg; Frauen in Schwarz Köln; Frauennetzwerk für den Frieden e.V.; Friedensbündnis Braunschweig; Friedensfestival Berlin; Friedensforum Münster; Friedensgruppe Altenholz; Friedens-initiative Kyritz-Ruppiner Heide; Friedensinitiative Nottuln e.V.; Friedensrat Müllheim; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand; Heidelberger Friedensratschlag; IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms); IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity); Impuls-Afghanistan e.V., Ravensburg; Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim; IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit; Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig (VB); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt; Lebenshaus Schwäbische Alb; Leserinitiative Publik e.V.; Menschen für den Frieden/Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf; Mönchengladbacher Friedensforum; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“; Netzwerk Friedenskooperative; Netzwerk Friedenssteuer; Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorf/Christinnen und Christen; Ökumenisches Netz Württemberg; Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin; Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF); pax christi/Deutsche Sektion; Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Künzell; Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide; Ulmer Ärzteinitiative; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA); Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden; Würselener Initiative für den Frieden

(Stand: Februar 2012)

Editorial

der Kooperation für den Frieden

Während die schon seit vielen Jahren schwierige Lage in Syrien sich zu einem Bürgerkrieg verschärft, wird die öffentliche Debatte wieder dominiert durch die Frage nach einer militärischen Intervention. Mit Zuspitzung der Situation in Syrien wird sich auch die Debatte zuspitzen und die Gefahr ist groß, dass militärisches Eingreifen als alternativlos dargestellt wird.

Der immer wieder bemühten Legitimationsfigur, zum Schutz der Zivilbevölkerung seien militärische Maßnahmen unverzichtbar, soll mit diesem Dossier etwas entgegengesetzt werden.

Die vier AutorInnen aus Friedensforschung und Friedensbewegung legen das Monitoring-Dossier V vor, um auch in diesem Konflikt gewaltfreies Vorgehen anzumahnen und dazu Vorschläge zu formulieren. Die Einschätzungen und Forderungen dieses Dossiers sind als Anregungen gedacht und sollen in einem Diskussionsprozess weiterentwickelt sowie der sich schnell verändernden Situation in Syrien angepasst werden.

*Für die SprecherInnen der Kooperation für den Frieden
Susanne Grabenhorst*

Aktuelle Einführung

Syrien befindet sich am Rande des Bürgerkrieges – wenn allein die Zahl der weit über 7.500 Opfer seit dem März 2011 zugrunde gelegt wird, dann herrscht dort nach den gängigen Kriegsdefinitionen bereits Krieg.⁽²⁾ Während in Tunesien und Ägypten die zivilen Aufstände 2011 zu einem schnellen Sturz der Regierungen führten, und in Libyen der Konflikt schnell zu einem rein militärischen wurde, trägt der Aufstand in Syrien, der im März 2011 begann, ein doppeltes Gesicht. Auf der einen Seite gibt es die zivilen Proteste, die vor allem durch eine große Zahl von Bürgerkomitees organisiert und zumeist freitags nach dem Moscheebesuch viele Tausende von Menschen unter einem jeweils wöchentlich neu festgelegten Motto auf die Straße bringen. Auf der anderen Seite hat sich eine bewaffnete Untergrundarmee, die von Exilkreisen und wahrscheinlich mehreren westlichen Mächten unterstützte Freie Syrische Armee, gebildet, die sich vor allem aus Deserteuren der syrischen Armee rekrutiert und die den bewaffneten Kampf gegen das Assad-Regime aufgenommen hat. Die syrische Regierung geht mit äußerster Härte gegen beide vor. Aktuelle Zahlen sind schwer zu prüfen, aber schon im letzten September war von mehr als 70.000 Festgenommenen die Rede, und mindestens 15.000 Menschen sind ins Ausland, vor allem nach Jordanien, in den Libanon und in die Türkei, geflohen.⁽³⁾

Die Aussichten, den Konflikt ohne ein noch viel größeres Blutvergießen in friedliche Bahnen zu lenken, verringern sich im Moment mit jeder Woche. Im Land scheint die Regierung von Präsident Assad weiter überzeugt, den Aufstand mit Gewalt in die Knie zwingen zu können. International ist der

Konflikt in Syrien inzwischen längst zum Spielball der Groß- und Regionalmächte geworden. Weder die Arabische Liga bzw. die in diesem Falle maßgebenden Golf-Emirate und Saudi Arabien noch die Vereinten Nationen scheinen in der Lage, die syrische Regierung zu einem Einlenken bewegen zu können, zumal das Regime weiterhin mit Russland, China und dem Iran alte Verbündete aus der Zeit des Ost-West-Konfliktes an seiner Seite hat.

Dabei ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass es keinem dieser Länder wirklich um Syrien und die Sicherheit und Selbstbestimmung der syrischen Bevölkerung geht. Vielmehr geht es wohl vorrangig um Einfluss in der Region und um den sich immer weiter zuspitzenden Konflikt mit dem Iran.

In dieser bedrückenden Situation wollen wir mit diesem Dossier informieren und Vorschläge zu möglichen zivilen Handlungsoptionen sowohl der Konfliktparteien wie der internationalen Gemeinschaft machen.

Historischer Hintergrund

Historisch gehörte Syrien zum Osmanischen Reich; nach dem Ersten Weltkrieg wurde Frankreich die Verwaltung der Region übertragen. 1946 wurde Syrien unabhängig. 1958 bis 1961 schloss es sich mit dem von Nasser regierten Ägypten zusammen; ein Militärputsch beendete dieses panarabische Experiment. Seit 1963 regiert in Syrien die Baath-Partei; wirkliche Oppositionsparteien wurden nie zugelassen. Die Verfassung von 1973 bezeichnet Syrien als sozialistische Volksrepublik mit Präsidialsystem. Der gegenwärtige



Präsident Baschar al-Assad ist der Sohn von Hafiz al-Assad, der von 1970 bis zu seinem Tod im Jahr 2000 Präsident Syriens war. Der Alawit Baschar al-Assad wurde in einem Referendum ohne Gegenkandidaten zum Präsidenten gekürt und in diesem Amt 2007 für eine zweite siebenjährige Amtsperiode bestätigt. Ähnlich wie bei Saddam Hussein und Muammar el-Gaddafi stützt sich seine Macht auf seinen aus einem Dorf (Qardaha) stammenden Familienverband⁽⁴⁾ und auf die militärischen Kräfte.

Im Nahostkonflikt ist Syrien als einer der Gegner Israels positioniert. Im Sechstagekrieg 1967 besetzte Israel die zu Syrien gehörenden Golanhöhen, von denen aus es immer wieder zu Beschuss israelischen Territoriums gekommen war. Die 1976 beginnende langjährige Militärpräsenz in Libanon musste Syrien 2005 nach der bis heute offiziell ungeklärten Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers Rafik Hariri beenden. Syrien hat Israel bis heute nicht anerkannt. Friedensgespräche scheiterten 2006 am Libanon-Krieg und 2008 an der Eskalation im Gaza-Streifen.

Damaskus war bis Anfang 2012 Sitz des Hamas-Politbüros unter Führung von Khaled Meschaal. Mehrere Mitglieder des engsten Hamas-Führungskaders sollen sich inzwischen ins Ausland abgesetzt haben, Khaled Meschaal selbst erklärte seinen Rücktrittsmöglicherweise auch, um sich als Präsidentschaftskandidat bei bevorstehenden Neuwahlen in den palästinensischen Gebieten um die Nachfolge von Mahmoud Abbas zu bewerben.

Israel hat zweimal Militärschläge auf Einrichtungen in Syrien durchgeführt: 2003 auf ein Ausbildungslager für Guerilla-Kämpfer und 2007 auf eine angebliche Atoanlage.⁽⁵⁾

Bereits im Jahre 1999 waren sich Israel und Syrien bei den Verhandlungen um die Golanhöhen „so nahe gekommen, dass der amerikanische Gastgeber einen Vertragsentwurf verfasste“.⁽⁶⁾

Dieser wurde durch eine Indiskretion in der Zeitung Haaretz vorab veröffentlicht, woraufhin Syrien wegen dieses Vertrauensbruches die Verhandlungen abbrach.

Kernpunkte waren gemeinsame Sicherheits- und Normalisierungsmaßnahmen wie

etwa bilaterale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Es sollte eine israelisch-syrische Wasserbehörde eingerichtet werden. Israels Sicherheitsbedürfnis wollte Syrien durch die Zustimmung zu einer Frühwarnstation auf den Golanhöhen entgegenkommen, die von US- und französischen Soldaten hätte betrieben werden sollen. Bis zum Libanonkrieg 2006 führten syrische und israelische Unterhändler weitere nichtöffentliche Verhandlungen zur Konfliktlösung.

Im Falle einer Rückgabe der Golanhöhen würde Syrien bis ans Ostufer des Sees Genezareth reichen. Die Quellen von etwa zehn Prozent des Trinkwassers Israels würden bei einem solchen Friedensschluss unter syrischer Kontrolle stehen, was für Israel ein Problem darstellt.

Während der drei Jahrzehnte amtierende syrische Präsident Hafez al-Assad Kompromisse aufgrund seiner Autorität innenpolitisch hätte leichter durchsetzen können, war es für seinen Sohn Baschar al-Assad sehr viel

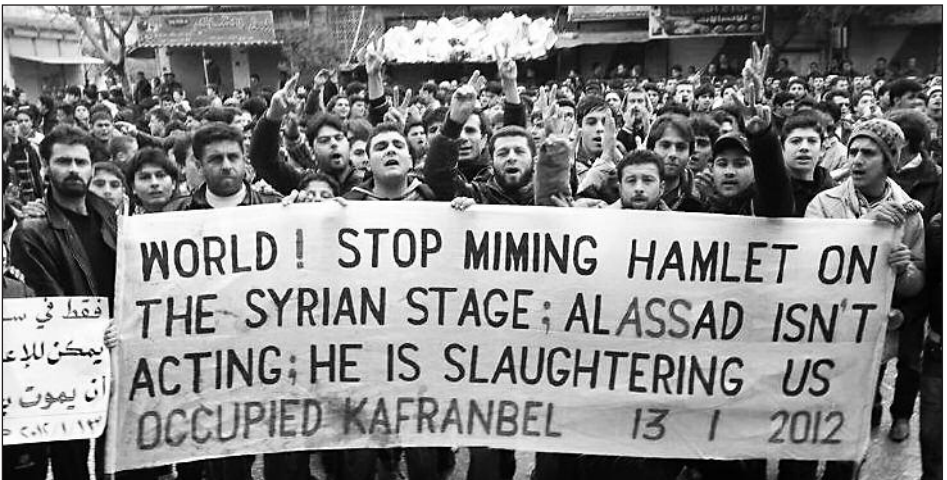
schwerer, einem Friedensvertrag mit erheblichen Kompromissen innenpolitisch zum Durchbruch zu verhelfen.

Ende Juli 2010 reiste Baschar al-Assad erstmals nach dem Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon wieder nach Beirut, begleitet vom saudischen König Abdallah, und traf sich mit dem libanesischen Präsidenten Suleiman. Für Baschar al-Assad war es ein Triumph-Besuch, der gleichzeitig den wieder erstarkten Einfluss Syriens gegenüber Libanon symbolisierte.

Syrien, Iran, Hizbollah und die palästinensische Hamas haben sich zu einer „Achse des Widerstands“ zusammengeschlossen

Mitte Mai 2010 berichtete die russische Nachrichtenagentur Itar-Tass, dass Syrien von Russland MiG-29 Kampfflugzeuge und Boden-Luft-Raketen des Typs Pantsir erhalten soll, was sowohl in Washington wie auch in Israel für erhebliche Verstimmung sorgte.

Um ihre eigenen Ansprüche zur Rückgabe der Golanhöhen durchzusetzen und



gleichzeitig das Risiko zu minimieren, durch israelische Angriffe geschädigt zu werden, lässt Damaskus nicht nur die Aufrüstung der Hizbollah mittels auf dem Landweg durch Syrien gelieferter Waffen aus dem Iran zu, sondern soll auch selbst aktiv die Aufrüstung der schiitischen Widerstandsorganisation im Libanon betrieben haben. Die Süddeutsche Zeitung (SZ) berichtete am 14.4.2010: „Demnach entdeckte der amerikanische Geheimdienst im vorigen Sommer, dass Damaskus die Hizbollah mit Raketen großer Reichweite versorgen wollte und bereits Hizbollah-Kämpfer in Syrien im Umgang mit diesen Waffen schulte. Israel soll daraufhin mit der Bombardierung von Zielen sowohl im Libanon als auch in Syrien gedroht haben - was schließlich die besorgte amerikanische Diplomatie auf den Plan rief“. Nach einem Besuch des demokratischen Senators John Kerry in Damaskus Anfang April 2010 wurde die im Februar 2010 angekündigte Entsendung eines US-Botschafters nach Syrien zunächst verschoben, bevor dann im Januar 2011 vor Ausbruch der Unruhen doch noch ein neuer US-Botschafter, Robert Ford, in Damaskus ernannt wurde. Beim Besuch des deutschen Außenministers Guido Westerwelle in Damaskus im Mai 2010 wies der syrische Außenminister Walid al-Muallim „den Vorwurf des Raketenschmuggels brüsk zurück, lässt aber auch wissen, solange Krieg und Besatzung herrschen, wird Syrien nicht die Polizei spielen für Israel“.⁽⁷⁾ Am 6. Februar haben die USA ihre Botschaft in Damaskus geschlossen und sämtliches Personal abgezogen. Auch Deutschland, Spanien, Italiens, Frankreich, Großbritannien und Belgien sowie die Golfstaaten riefen ihre Botschafter Anfang Februar zurück.

Der Aufstand und seine Strukturen

Kurz nach Beginn der Aufstände in Tunesien und Ägypten kam es auch in Syrien im Januar 2011 zu einzelnen Protesten, die aber zunächst wenig Widerhall fanden. Der März 2011 gilt vielen BeobachterInnen als der eigentliche Beginn der Unruhen, als in Dar'a, einer im Süden Syriens gelegenen Stadt, eine Demonstration nach dem Freitagsgebet am 18. März von der Polizei unter Beschuss genommen wurde. Der Protest war durch die Verhaftung und mutmaßliche Folterung von 15 Schülern ausgelöst worden, die einen Slogan der arabischen Aufstände in den anderen Ländern an eine Häuserwand gemalt hatten. Während der Bestattung von vier Opfern am nächsten Tag kam es zu neuer Gewalt von Regierungsseite. Ab dem Zeitpunkt begannen Hunderttausende, regelmäßig auf die Straße zu gehen. Schwerpunkte der Proteste waren und sind Baniyas, Homs, Hama und Vororte von Damaskus, aber es gibt keine Region Syriens, wo keine Proteste stattfinden.

Die Regierung verfolgte anfänglich die Strategie, durch hartes Durchgreifen, gekoppelt mit politischen Konzessionen, der Lage Herr zu werden. So trat am 29. März 2011 die Regierung unter Ministerpräsident Muhammad Nadschi al-Utri zurück, und am 21. April hob Assad den seit 1963 in Kraft befindlichen Ausnahmezustand auf. Im Mai und Juni wurden zwei Amnestien für politische Gefangene erlassen; im Januar 2012 folgte eine dritte. Im Juni–Juli 2011 kündigte die Regierung einen „Nationalen Dialog“ an, der von der inländischen und der ausländischen syrischen Opposition jedoch als „Showveranstaltung“ abgelehnt wurde.

Außerdem billigte die Regierung Ende Juli einen Gesetzesentwurf, der die Gründung von politischen Parteien erlaubt, und kündigte für den 26. Februar 2012 ein Referendum über eine neue Verfassung an. Diese Verfassung wurde in den vergangenen Monaten von einem nationalen Komitee erarbeitet und soll den Weg zu einem pluralen Staat öffnen.⁽⁸⁾ Der Passus, der die regierende Baath-Partei bislang als „Führer der Nation und Gesellschaft“ betitelte, wurde nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Sana gestrichen.⁽⁹⁾ Die Amtszeit des Präsidenten soll auf zweimal je sieben Jahre begrenzt werden.

Seit März 2011 ging die Gewalt gegen die Demonstrationen aber ungebremst weiter; schon im Mai wurde von 1.000 Todesopfern gesprochen. Im Juli 2011 beteiligten sich an einem Tag bis zu 3 Millionen Menschen an Protesten gegen das Regime. Auch später im Juli zählten einzelne Demonstrationen mehrere hunderttausend TeilnehmerInnen.

Im Februar 2012 schien die Situation nach der an Russland und China gescheiterten Resolution gegen Syrien im Weltsicherheitsrat weiter zu eskalieren. Besonders die Stadt Homs, von Anfang an eine der Hochburgen des Widerstands, ist zum Ziel des Versuches der Regierung geworden, den Widerstand mit militärischen Mitteln zu brechen; die Opposition antwortete mit einem landesweiten Streikaufruf.

Die politische Landschaft der Aufständischen ist vielfältig, aber es gibt keinen Zweifel, dass der Aufstand von Mitgliedern aus allen religiösen und ethnischen Gruppen im Land mitgetragen wird. Auch Angehörige der Minderheit der Alawiten, deren Rängen Assad entstammt, sind unter den Widerständlern zu finden.⁽¹⁰⁾

Nach einer Umfrage der Katar-Foundation im Januar 2012 „wollten 55 Prozent der Syrer, dass Assad bleibt – aber demnächst auch freie Wahlen organisiert“.⁽¹¹⁾

Die lokalen Bürgerkomitees

Seit Beginn des syrischen Frühlings im März 2011 haben sich in nahezu jeder syrischen Stadt lokale Bürgerkomitees gegründet.⁽¹²⁾ Sie sind die Hauptträger der zivilen Demonstrationen. Die Zusammensetzung der Komitees ist dabei regional sehr unterschiedlich. So sind alle gesellschaftlichen Schichten, alle Religionsgemeinschaften und Ethnien, Männer wie Frauen vertreten. Es gibt eher religiöse und säkulare Komitees, solche, in denen vor allem junge Menschen vertreten sind, und solche, in denen sich bestimmte Berufsgruppen zusammen gefunden haben (etwa AnwältInnen).

Ungefähr die Hälfte der rund 300 lokalen Komitees hat sich – bei vielen Doppelmitgliedschaften – in zwei großen Netzwerken zusammengeschlossen, den Local Coordination Committees of Syria (LCC)⁽¹³⁾ und der Syrian Revolution General Commission (SRGC)⁽¹⁴⁾. Die Netzwerke geben den Protesten eine Stimme nach außen und sorgen durch ihre intensive Pressearbeit dafür, dass die Welt von dem Geschehen in Syrien erfährt. Beide Netzwerke bekennen sich zum gewaltlosen Widerstand gegen die Diktatur und legen ihre Aktionen entsprechend an. So schrieben die Local Coordination Committees in einer Erklärung letztes Jahr:

„Eine Militarisierung der Revolution würde die Unterstützung und Beteiligung an der Revolution durch das Volk minimieren. ... Militarisierung würde die Revolution in

eine Arena tragen, wo das Regime einen deutlichen Vorteil hat, und die moralische Überlegenheit erodieren, die die Revolution seit ihren Anfängen charakterisiert hat.“⁽¹⁵⁾

Neben den Protesten auf der Straße organisieren die Netzwerke Streiks, koordinieren dringende humanitäre Hilfe und stellen die politische Vertretung der jungen Demokratiebewegung im neu gegründeten syrischen Nationalrat. Auch wenn die beiden Netzwerke basisdemokratisch organisiert sind, so sind es insbesondere zwei Frauen, die beide Netzwerke antreiben: Razan Zeitoune, Anwältin aus Damaskus und ausgezeichnet mit dem Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments, lebt seit Beginn des Aufstandes im Untergrund und hat die LCC maßgeblich mit aufgebaut. Suhair Atassi, die die treibende Kraft in der SRGC ist, musste im Dezember 2011 Syrien aus Sicherheitsgründen verlassen.

Nationale Zusammenschlüsse der Opposition

Auf nationaler Ebene gibt es zwei Zusammenschlüsse, die einen Führungsanspruch anmelden: Den Syrian National Council und das National Co-ordination Committee.

Der Syrian National Council (SNC)⁽¹⁶⁾ wurde Anfang Oktober 2011 in der Türkei gegründet und besteht ungefähr zur Hälfte aus Mitgliedern, die in Syrien leben, und zur Hälfte aus solchen im Exil. Er hat sich eine Grundsatzerklärung gegeben. Ihm ordnen sich auch die beiden oben genannten Netzwerke der Lokalen Komitees zu und stellen dort rund ein Drittel der Abgeordneten. Außerdem sind im SNC die Muslim-Brüderschaft und kurdische Gruppen vertreten. Sein

Sprecher ist der 67-jährige Burhan Ghalioun, ein in Paris an der Sorbonne lehrender Sozialwissenschaftler. Der SNC wird vom Assadfeindlichen Ausland – den Golf-Emiraten, Saudi-Arabien, den USA und mehreren EU-Staaten – zunehmend als der legitime Repräsentant der syrischen Opposition und als Exilregierung angesehen. Das politische Programm des SNC, wie es in seiner Grundsatzerklärung festgelegt wurde, umfasst Menschenrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Pressefreiheit, Demokratie und politischen Pluralismus. Die Charta betont das Festhalten an der „Friedlichkeit der Revolution“⁽¹⁷⁾, aber Mitglieder des SNC haben sich in jüngerer Zeit für eine Flugverbotszone ausgesprochen, und es gibt Koordinierungsbemühungen mit der Freien Syrischen Armee (s. unten).⁽¹⁸⁾

Das National Co-ordination Committee (NCC)⁽¹⁹⁾ wird von Hussein Abdul Azim und anderen bekannten Dissidenten des Regimes geleitet. Zwischen NCC und SNC gibt es Spannungen und Vorbehalte, u.a. wegen der Mitgliedschaft der Muslimbrüderschaft im SNC. Auch der NCC setzt sich für einen friedlichen Wandel ein und hat sich gegen militärische Intervention von außen ausgesprochen.

Freie Syrische Armee

Die Freie Syrische Armee entstand im August 2011 und wird von Riyad al-Asad, einem früheren Colonel in der Air Force, angeführt. Sie rekrutiert sich in erster Linie aus desertierten Soldaten der regulären syrischen Armee. Über ihre Stärke gibt es sehr widersprüchliche Angaben; Medien sprechen von zwischen 1.000 und 25.000 Männern in 22 Einheiten. Sie ist vor allem in der nordwestlichen Pro-

vinz Idlib, um die zentralen Städte Homs und Hama und um Damaskus herum aktiv. Anscheinend stammt der Großteil ihrer Ausrüstung von der Armee – dadurch, dass die Deserteure ihre Waffen mitbringen oder gerücheweise auch, dass sie der Armee abgekauft werden.⁽²⁰⁾ Es gibt auch Informationen über Waffenhilfe aus der Türkei und dem Irak⁽²¹⁾; Auch wird auf das Einsickern von Kämpfern aus Libyen zusammen mit Waffen und auf Aktivitäten ausländischer Geheimdienste hingewiesen. Zum Teil sollen sich Banden gebildet haben, die sich auch gegen Teile der Zivilbevölkerung wenden.⁽²²⁾ Gesichert scheint zumindest, dass diese Nachbarländer (Türkei, Libanon, Jordanien) als Rückzugsgebiete genutzt werden. Die Freie Syrische Armee verfügt (bislang) über keine schweren Waffen bzw. setzt diese nicht ein; sie sieht ihre Aufgaben in der Bekämpfung des Assad-Regimes und in dem bewaffneten „Schutz“ der zivilen Demonstrationen.

Interessen von außen

Im Februar 2012 blockierten China und Russland eine UN-Sicherheitsrat-Resolution zu Syrien, weil u.a. beide Staaten keinen zweiten Fall Libyen zulassen wollten, wo vermutlich bis zu 50.000 Menschen ihr Leben in einem mehrmonatigen Krieg zwischen Gaddafi-Truppen und von der NATO unterstützten Aufständischen verloren haben.⁽²³⁾ Auf den ersten Blick sind die Parallelen zur NATO-Intervention in den Kosovokonflikt augenfällig – auch dort hatte Russland eine UN-Resolution verhindert, aber die NATO entschied sich – völkerrechtswidrig – trotzdem für einen Angriff. Vernünftigerweise scheint die sog. internationale Gemeinschaft im Mo-

ment nicht bereit zu sein, diese Option ernstlich in Betracht zu ziehen. Die Diskussion um eine internationale Intervention konzentriert sich in erster Linie auf die Verhängung und Durchsetzung eines Flugverbots – also eher um das „Modell Libyen“ als das „Modell Kosovo“. Dies ist eine Forderung, die auch aus Kreisen der syrischen Opposition zu hören ist, trotz früherer Erklärungen, dass man eine internationale Einmischung auf keinen Fall wolle und trotz des Bekenntnisses zur Gewaltlosigkeit der Proteste. Das Kalkül hinter einem solchen Flugverbot ist in erster Linie, dass ein solches Flugverbot der Freien Syrischen Armee ermöglichen würde, ihre Aktivitäten auszuweiten, schwerere Waffen einzusetzen und nach dem Vorbild Libyens befreite Zonen zu schaffen und erfolgreich zu verteidigen, von denen aus dann der Bürgerkrieg nach Damaskus getragen werden könnte.⁽²⁴⁾

Nach dem Scheitern einer Beobachtermission der arabischen Liga wurde in Diplomatengruppen der Vorschlag untersucht, ob eine größere internationale UN-Blauhelm-Mission – unterstützt von russischen und westlichen diplomatischen Bemühungen – die Eskalation hin zu einem massiven Bürgerkrieg noch eindämmen könnte.⁽²⁵⁾ Nachdem die Regierung Assad einen entsprechenden Vorstoß der Arabischen Liga in der zweiten Februarwoche ablehnte, ist es eher unwahrscheinlich, dass eine solche konsensuale Mission (also nicht nach Kapitel VII der UN-Charta, sondern mit Zustimmung des betroffenen Staates stationiert) zustande kommt.

Offen ist bei diesen Diskussionen die Frage, wie verhindert und begrenzt werden kann, dass andere Staaten nicht auf dem Rücken der Opfer des Konfliktes in Syrien



ihre handfesten Interessen austragen, in dem sie die eine oder andere Seite militärisch unterstützen und dieser zum Sieg verhelfen.

Die Interessen der US-Regierung, zahlreicher EU-Regierungen, der israelischen Führung wie den Führungen einiger sunnitischer arabischer Staaten wie Saudi-Arabien oder Katar liegen auf der Hand: Durch den Sturz von Baschar al-Assad soll der wichtigste Verbündete Irans und der Hizbollah beseitigt werden, jene Regierung also, die Waffen aus dem Iran durch Syrien an die Hizbollah seit Jahren passieren lässt – und damit dafür gesorgt hat, dass die israelische Regierung die iranischen Atomanlagen nicht angreifen kann, ohne selbst einem massiven Raketenhagel aus dem Libanon ausgesetzt zu sein.

Die russischen Interessen sind ebenfalls offensichtlich: Russland unterhält mit dem syrischen Hafen Tartus den einzigen Mittel-

meer-Stützpunkt, der von russischen Kriegsschiffen angefahren werden kann. Russland kann über Syrien als einem zentralen Verbündeten seine Interessen in der Region wahren und versucht daher, den Sturz Assads zu verhindern.

Große Teile der Christen in Syrien, die 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen, unterstützen ebenso wie die 10 Prozent Alawiten, welche die Führungsringe in der Armee besetzen, nach wie vor mehrheitlich Baschar al-Assad und gehen auch für ihn auf die Straße. Sie befürchten, nach dem Sturz Assads und freien Wahlen unter die Räder der muslimischen Bevölkerungsmehrheit zu kommen.

Angesichts der Ablehnung einer Blauhelmmission durch die Assad-Regierung und des zu vermutenden Widerstandes Russlands und Chinas gegen einen entsprechenden Vorstoß im Weltsicherheitsrat ist eine Militärin-

tervention weiterhin nicht auszuschließen. Am wahrscheinlichsten scheint aber, dass die internationalen Gegner des Assad-Regimes darauf setzen werden, die Freie Syrische Armee zu unterstützen und es ihr zu überlassen, zusammen mit den zivilen Oppositionsgruppen die Regierung zu stürzen. Eine Perspektive, die trotz der ungeheuren zahlenmäßigen militärischen Überlegenheit des Regimes nicht als unrealistisch einzustufen ist, da die Unterstützung der Regierung, wie die wachsende Zahl von Deserteuren zeigt, erodiert. Aber der Preis würde sehr hoch sein – ein solcher voll entbrannter Bürgerkrieg dürfte Zehntausende an Menschenleben kosten.

noch mehr Opfer fordernde Militärintervention zu gewinnen. Trotz aller Opfer und Leiden im heutigen Syrien bleibt der gewaltfreie Widerstand die einzig vernünftige Option.

Option für zivile Konfliktbearbeitung und Gewaltfreiheit

Ziviler, gewaltloser Widerstand hat schon vielfach sein Potential bewiesen. Vom indischen Unabhängigkeitskampf über die Philippinen 1986, den Iran 1978, die Umstürze in Osteuropa 1989 bis hin zu Tunesien und Ägypten 2011 reicht die Reihe erfolgreicher ziviler Aufstände. Aber der „Mix“ von zivilen und gewaltsam-militärischen Aktionsformen birgt die Gefahr weitergehender Eskalation. Der zivile Widerstand baut auf seine moralische Autorität und seine vereinigende und versöhnende Kraft, der sich auch Alawiten, andere Minderheiten und selbst Profiteure des Regimes anschließen können. Demgegenüber führt die Militarisierung zur Spaltung und einer weiteren Brutalisierung des Konflikts, die den Wiederaufbau Syriens jahrzehntelang behindern wird. Wie in Libyen wäre der militärische Kampf in Syrien zudem der reinste Selbstmord für die Menschen im Land und nicht ohne eine langwierige,

Anforderungen an die Konfliktparteien

Anforderungen an die syrische Regierung

- › Einstellung der repressiven und militärischen Angriffe gegen die syrische Bevölkerung
- › Aufhebung von repressiven Gesetzen, von willkürlichen Verhaftungen und Folter sowie die Bereitschaft zur Aushandlung einer Verfassung mit der Opposition, die eine gleichberechtigte Beteiligung aller Teile der syrischen Bevölkerung ermöglicht.
- › Entlassung der politischen Gefangenen
- › Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Religionen und ethnischen Gruppen
- › Herstellung der Medienfreiheit und gleichberechtigter Zugang zu den staatlichen Medien
- › Bereitschaft zum Dialog mit der Opposition über Reformen und eine neue Verfassung möglicherweise unter Vermittlung durch von Regierung und Opposition gleichermaßen akzeptierte Persönlichkeiten. (Keine Staatsvertreter!)
- › Vertrauensbildende Maßnahmen u. a. durch Verzicht auf die Verfolgung von Deserteuren.
- › Zulassung von dauerhaften Beobachtungsmissionen der Arabischen Liga und der UN.
- › Ausarbeitung von Vorschlägen und Erklärung der Bereitschaft, Verhandlungen mit Israel aufzunehmen und als ersten Schritt ein Nicht-Angriffsabkommen zwischen beiden Ländern anzubieten.

Anforderungen an die syrische Opposition

- › Durchhalten des gewaltfreien Charakters ihrer Aktionen, bzw. Abkehr von Gewaltmaßnahmen.
- › Erklärung der Bereitschaft, einen ausländischen, neutralen Dialog-Vermittler in gegenseitiger Zustimmung zu akzeptieren, also keinen Staatsvertreter (z.B. Kofi Annan)
- › Einwirkung auf die Freie Syrische Armee (FSA), alle Angriffe einzustellen und sich defensiv zu verhalten
- › Ausarbeitung wichtiger Forderungen für den Dialog über Reformen, die auch die legitimen Interessen derjenigen berücksichtigen, die bisher die Regierung in Damaskus befürwortet haben.
- › Eintreten für den gleichberechtigten Dialog aller ethnischen und religiösen Gruppierungen, und Abwehr aller Spaltungsversuche entlang ethnischer und religiöser Unterschiede.

Anforderung an das Verhalten anderer Staaten

- › Keine Unterstützung der gewaltsam kämpfenden Parteien in Syrien, weder durch Waffenlieferungen, noch durch die Entsendung von Ausbildern oder anderen Kommandos.
- › Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Verwundete



- › Beendigung der Versuche, die Situation in Syrien für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren, stattdessen Möglichkeiten der Kooperation zwischen der Arabischen Liga, den westlichen Staaten, Russland und China erkunden und das Potential einer solchen Kooperation zugunsten einer friedlichen Lösung des Konfliktes nutzen.
- › Keine Abschiebung von SyrerInnen aus Deutschland und anderen Staaten, auch nicht in „sichere Drittländer“; unbürokratische Erteilung von Asyl für Flüchtlinge aus dem Land, auch wenn die Anträge von sog. „sicheren Drittstaaten“ aus gestellt werden.
- › Forderung an die Innenministerkonferenz, einen sofortigen Abschiebestopp für syrische Flüchtlinge zu beschließen, und an den Deutschen Bundestag, das 2009 in Kraft getretene Rückführungsabkommen mit Syrien umgehend zu kündigen,
- › Einen Vorschlag entwickeln, eine neue zivile Monitoringmission durch die Verein-

ten Nationen und die Arabische Liga zu entsenden, die über ein weiterreichendes Mandat verfügt und an der auch ein nennenswertes Kontingent von zivilgesellschaftlichen BeobachterInnen beteiligt ist, deren Mitglieder Erfahrung in der zivilen Mediation und gewaltfreien Intervention mitbringen sollen.

Anforderungen an die internationale Friedens- und Menschenrechtsbewegung

- › Sich gegen jegliche militärische Intervention wenden
- › Unterstützung der zivilen Opposition in Syrien⁽²⁶⁾
- › Anforderungen an die eigenen Regierungen richten, humanitäre und medizinische Hilfe bereit zu stellen.
- › Anforderung an die eigenen Regierungen, Flüchtlingen aus Syrien Asyl zu gewähren.

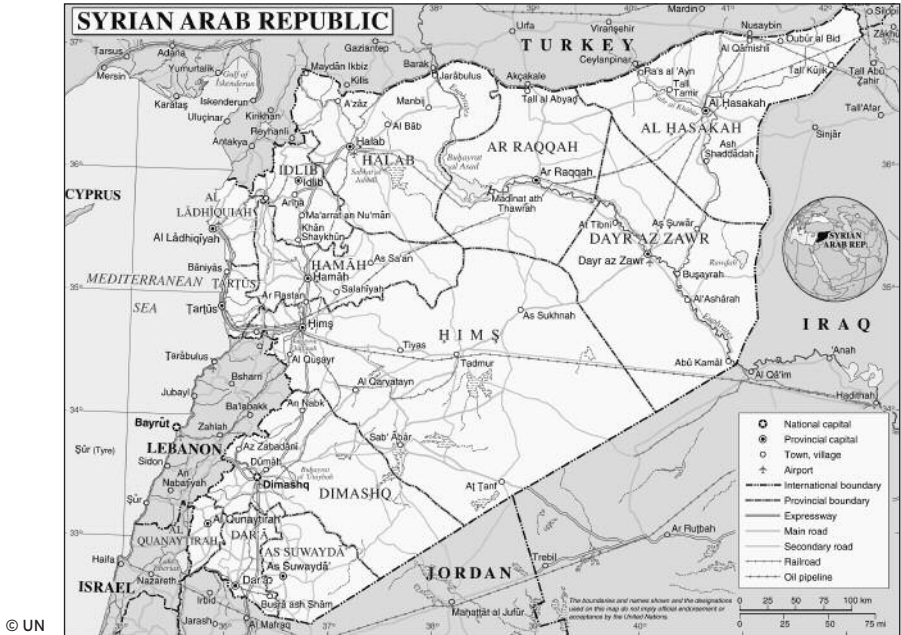
Anhang I.

Einige Grunddaten zu Syrien

Eines der Merkmale der Presseberichterstattung ist, dass stets nur das aktuelle Geschehen reflektiert wird, man darüber aber leicht die eigentlich ja bekannten Hintergründe vergisst. Deshalb zur Erinnerung und Einordnung hier ein paar Stichworte:⁽²⁷⁾

Syrien ist ein Land mit ca. 22,5 Millionen Einwohnern. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist mit 73 Jahren relativ hoch. Das durchschnittliche Lebensalter beträgt etwa 22,5 Jahre – es handelt sich folglich um eine sehr junge Bevölkerung. Die Alphabetisierung liegt bei 74 % und die Urbanisierung bei 52 %. Drei Viertel der Bevölkerung sind Sunniten; die Regierung wird aber vorwiegend von der ungefähr 10 % der Bevölkerung

umfassenden schiitischen Gruppe der Alawiten gestellt. Christen machen ebenfalls 10 % der Bevölkerung aus. Ethnisch sind rund 90 % der Bevölkerung Araber und 9 % Kurden. Dem gegenwärtigen Regime ist es gelungen, durch seinen säkularen und panarabischen Ansatz, aber auch mit Gewalt (1982 Angriff auf die von der Muslimbrüderschaft kontrollierte Stadt Hama, der nach unterschiedlichen Quellen zwischen 10.000 und 20.000 Menschen das Leben kostete) Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen, wie sie in den Nachbarländern typisch sind, weitgehend zu unterbinden. Syriens Armee umfasst rund 200.000 Mann.



© UN

Anhang II

Kurze Chronik Internationaler Interventionen

Syrien hat 2011 im Vergleich zu den nordarabischen Aufständen wenig Aufmerksamkeit durch die internationale Gemeinschaft verzeichnen können. Diese war über Monate vorrangig mit Libyen und der Militärintervention in den dortigen Konflikt befasst. Die Intervention in die syrische Situation beschränkte sich auf Appelle, Verurteilungen und Sanktionen. Hier eine kurze Zeitleiste:⁽²⁸⁾

9.5.2011

Der Rat der Europäischen Union verurteilt das Vorgehen der syrischen Regierung gegen die Demonstranten und beschließt Sanktionen – Einreiseverbote gegen bestimmte Personen und Sperrung von Geldern und Finanzeinlagen – sowie ein Waffenexportverbot. Die USA erlassen kurz darauf ähnliche Sanktionen.

3.8.2011

Der UN-Sicherheitsrat verurteilt die Gewalt in Syrien und ruft alle Seiten zur Gewaltlosigkeit und Einhaltung der Menschenrechte auf.

7.8.2011

Erstmals verurteilt auch die Arabische Liga die Gewalt gegen Demonstranten.

18.8.2011

Die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien distanzieren sich in deutlicher Form von Assad und fordern seinen Rücktritt. In einer gemeinsamen Erklärung von Angela Merkel, Nicolas Sarkozy und David Cameron heißt es, Assad habe „jede Legitimität verloren“. „Wir rufen ihn auf, sich der Realität der voll-

ständigen Ablehnung seines Regimes durch das syrische Volk zu stellen und im Interesse Syriens und der Einheit seines Volkes den Weg frei zu machen.“

3.9.2011

Die EU verhängt ein Ölembargo gegen Syrien. (Verbot der Einfuhr von Öl aus Syrien.)

2.11.2011

Die Arabische Liga stellt einen Friedensplan auf, der vorsieht, nicht auf unbewaffnete Demonstranten zu schießen, das Militär aus den Städten abzuziehen und politische Gefangene freizulassen. Die syrische Regierung stimmt dem Plan zu, am Tag darauf kommt es aber wieder zu Toten, als auf Demonstranten geschossen wird.

12.11.2011

Die Arabische Liga suspendiert Syrien auf Antrag von Katar und Saudi Arabien und kündigt Wirtschaftssanktionen an, die Ende November in Kraft treten: Sie umfassen neben einem Stopp des Handels mit der syrischen Regierung und Zentralbank ein Reiseverbot für die Mitglieder der syrischen Regierung sowie das Einfrieren von Konten.

26.12.2011

Die ersten fünfzig Mitglieder der Beobachtermission der Arabischen Liga treffen in Damaskus ein. Sie umfasst schließlich 163 Mitglieder und wird von dem sudanesischen General Mustafa al-Dabi geleitet, der mehrere Jahre Befehlshaber im Kampf gegen Süd Sudan gewesen war.

22.1.2012

Die Arabische Liga beschließt die Verlängerung der Beobachtermission um einen weiteren Monat trotz der Kritik an der Mission.

28.1.2012

Die Arabische Liga setzt aus Protest gegen die Gewalt des Assad-Regimes ihre Beobachtermission mit sofortiger Wirkung aus.

31.1./ 4.2. 2012

Der UN Sicherheitsrat berät über eine Resolution, die von den USA und der Arabischen Liga eingebracht wurde. Die Resolution enthält drei Hauptpunkte: Den Appell, notwendige Schritte zu unternehmen, um den Fluss von Waffen nach Syrien zu stoppen, die Forderung an alle Seiten, die Gewalt sofort einzustellen und Verletzer von Menschenrechten zur Verantwortung zu ziehen; den Appell an Präsident Assad, seine Macht an einen Stellvertreter zu übergeben und freie Wahlen zuzulassen.⁽²⁹⁾ Die Resolution scheidet schließlich am Veto von Russland und China.

6.2.2012

Die US-Botschaft in Damaskus wird geschlossen und das Personal abgezogen.

12.2.2012

Die Arabische Liga schlägt eine neue Initiative im UN-Sicherheitsrat für eine gemeinsame Entsendung von (Blauhelm-) Truppen durch die Vereinten Nationen und die Arabische Liga vor.

16.2.2012

Die UN-Vollversammlung fordert in einer Resolution den Rücktritt von Präsident Assad und verurteilt die brutale Niederschlagung der Protestbewegung durch syrische Truppen. 137 Staaten stimmten zu, 12 waren dagegen und 17 enthielten sich.

24.2.2012

Eine internationale Konferenz der „Freunde Syriens“ in Tunesien, an der viele arabische und westliche Staaten, aber nicht Russland und China teilnahmen, endete ohne entscheidende Ergebnisse. Schon zuvor wurde der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan zum Sondergesandten für Syrien ernannt.



Anmerkungen

- 1 Ein Teil dieses Textes, verfasst von Christine Schweitzer, ist bereits vom Bund für Soziale Verteidigung (www.soziale-verteidigung.de) in seinen „Informationsblättern“ veröffentlicht worden.
- 2 Angabe der Vereinten Nationen vom 28. Februar. (Quelle: <http://www.crisisgroup.org/-/media/Files/CrisisWatch/2012/cw103.pdf>) Andere Quellen geben höhere oder niedrigere Ziffern an – die Regierung spricht von 2.000 toten Soldaten; aus Kreisen des Widerstands ist von mindestens 10.000 zivilen Opfern zu hören. Als Krieg gilt in der Friedensforschung ein bewaffneter Konflikt dann, wenn ein Konflikt pro Jahr mindestens 1.000 Opfer kostet (z.B. SIPRI). Siehe BBC vom 6. Februar 2011, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-16902819> und vom 1. Februar, „Impasse at UN Security Council debate on Syria violence“, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-16825761>.
- 3 Zahlen vom September 2011. Quelle: Spiegel-Online „2600 Menschen starben beim Aufstand gegen Assad“, 12. September 2011. Zu den Flüchtlingen: 5.500 in Jordanien laut <http://www.irusa.org/press-releases/islamic-relief-usa-to-assist-5500-syrian-refugees-in-jordan/>; 4000 im Libanon laut <http://www.firstpost.com/topic/place/syria-syrian-refugees-struggle-in-lebanon-video-LOK7wPotnaM-15-1.html>; 7.500 in der Türkei laut http://www.zakat.org/news_and_multimedia/campaign_news/syria/40_foot_container_filled_with_relief_supplies_shipped_to_syrian_refuge/
- 4 Quelle. Wikipedia unter Berufung auf Bassam Tibi: Die Verschwörung: Das Trauma arabischer Politik. Hoffmann und Campe, Hamburg 1993, S. 186–188
- 5 Quelle: Wikipedia, s.oben
- 6 Margret Johansson (2009) Der Nahostkonflikt, Wiesbaden, S. 109
- 7 SZ, 25.5.2010
- 8 Quelle: bbs.co.uk/news/world-middle-east-17040392 vom 15.2.2012
- 9 FR, 16.2.2012
- 10 Quellen: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Aufstand_in_Syrien_2011/2012; BBC: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-13855203>; Erklärung von Alawiten aus Homs Anfang Februar 2012: <http://www.lccsyria.org/category/statements>
- 11 FR, 16.2.2012
- 12 Quelle: Website von Adopt a Revolution, www.adoptrevolution.org
- 13 <http://www.lccsyria.org/>, teilweise auf Englisch.
- 14 <http://srgcommission.org/>. Sie hat keine englischsprachige Website.
- 15 Khalil Habash, Protecting Syria's Revolt from Military Intervention. <http://english.al-akhbar.com/content/protecting-syria%E2%80%99s-revolt-military-intervention>. Der Artikel wurde im Oktober 2011 verfasst; ein genaues Datum der zitierten Erklärung ist nicht angegeben. Übersetzung: CS
- 16 <http://www.syriannc.org/> Die bei Google angezeigte englischsprachige Seite <http://nationalcouncilofsyria.com/> wird von den USA aus betrieben und ist nach unserer Kenntnis keine Seite des SNC.

- 17 <http://mar15.info/2012/01/press-release-snc-political-program/>
- 18 Karin Leukefeld, Krieg als Planspiel. Katar will arabische Armeen in Syrien einmarschieren lassen. in: junge Welt, 16. Januar 2012, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Katar/syrien.html>.
- 19 <http://www.ncsyria.com/> (arabisch)
- 20 <http://www.aljazeera.com/video/middle-east/2012/01/20121993012520680.html>. Der Preis eines Gewehres soll bei 2.000 USD, der von Munition bei 2 USD liegen.
- 21 BBC, s. oben
- 22 Escobar, Pepe: Das wandernde Auge: Ein Blick durch den Nebel um Syrien, 9.2.2012, <http://www.larsschall.com/2012/02/09/1776/>
- 23 Die Zahlenangaben variieren stark und sind schwer zu verifizieren (siehe New York Times , <http://www.nytimes.com/2011/09/17/world/africa/skirmishes-flare-around-qaddafi-strongholds.html?pagewanted=all>)
- 24 Emile Hokayem „Revolutionary Road: Dispatches from a changing Middle East“ – <http://www.iiss.org/whats-new/iiss-voices/?blogpost=313>
- 25 Schon vor einigen Wochen gab es entsprechende Überlegungen. Siehe: Karin Leukefeld, „Krieg als Planspiel“, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Katar/syrien.html>
Katar will arabische Armeen in Syrien einmarschieren lassen. in Aus: junge Welt, 16. Januar 2012
- 26 Wie es in Deutschland z.B. die Initiative „Adopt a Revolution“ (www.adoptherevolution.org) tut, die von mehreren Organisationen aus der deutschen Friedensbewegung unterstützt wird, während andere sie kritisch sehen
- 27 Wo nicht anders angegeben, sind Hauptquellen die BBC „Guide: Syria Crisis“, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-13855203> und Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Aufstand_in_Syrien_2011/2012
- 28 Quellen: BBC „Guide: Syria Crisis“, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-13855203> http://de.wikipedia.org/wiki/Aufstand_in_Syrien_2011/2012
- 29 BBC, Impasse at UN Security Council debate on Syria violence, 1.2.2012.

AutorInnen

- Prof. Dr. Andreas Buro** ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie und Koordinator des „Monitoring-Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention“.
- Dr. Karl Grobe-Hagel** ist freier Autor. Er war bis 2001 außenpolitischer Redakteur der Frankfurter Rundschau.
- Clemens Ronnefeldt** ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.
- Dr. Christine Schweitzer** ist Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung und Mitglied im Vorstand des Bunds für Soziale Verteidigung.



Friedensfahne
Salaam

Spendenkonto

Förderverein Frieden e.V.
Konto-Nr. 404 1860 401
GLS Bank, BLZ 430 609 67
Stichwort: *Monitoring-Projekt*

Bestellung an

Kooperation für den Frieden
Römerstr. 88 · 53111 Bonn
Tel. 02 28/69 29 04 · Fax 02 28/69 29 06
info@koop-frieden.de

Organisation/Gruppe _____

Vorname, Name _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

eMail _____

Ich/wir bestellen Expl. der BürgerInnen-Information zum Monitoring-Projekt.

Ich/wir bestellen Expl. Dossier I: Der Iran-Konflikt

jeweils: 1 Expl. à 1,- EUR; ab 5 Expl. à 0,50 EUR; ab 50 Expl. à 0,40 EUR

Expl. Dossier II: Der türkisch-kurdische Konflikt

Vergriffen – nur noch als PDF

Ich/wir bestellen Expl. Dossier III: Der Israel-Palästina-Konflikt – Neuauflage Juni 2010

Ich/wir bestellen Expl. Dossier IV: Der Afghanistan-Konflikt – Neuauflage Nov. 09

Ich/wir bestellen Expl. Dossier V: Syrien zwischen ... – Februar 2012

jeweils: 1 Expl. à 1,20 EUR; ab 5 Expl. à 1,00 EUR; ab 50 Expl. à 0,70 EUR

Ich/wir bestellen Expl. Friedensfahne „Salaam“ (arab.) à 10,00 EUR

zzgl. Versandkosten / gegen Rechnung.